

Zeitschrift:	Bauen + Wohnen = Construction + habitation = Building + home : internationale Zeitschrift
Herausgeber:	Bauen + Wohnen
Band:	19 (1965)
Heft:	5: Rathäuser und Stadtzentren = Hôtels de ville et centres urbains = Town halls and city centers
Artikel:	Bauaufgabe Rathaus = Comment projeter und hôtel de ville = Building project : town hall
Autor:	Ostertag, Roland
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-332187

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bauaufgabe Rathaus

»Das Thema Rathaus ist das Thema der Stadt überhaupt.« – Kenzo Tange

Comment projeter un hôtel de ville
Building project: town hall

Höhepunkte der Stadtbaukunst, städtischen Lebens fanden in der Vergangenheit als Gemeinschaftsleistungen ihrer Zeit auch immer ihren Ausdruck im beherrschenden profanen Gebäude der Stadt: dem Rathaus. Es steht im Schnittpunkt der Kraftlinien des städtischen Lebens: der Marktplatz ist wirtschaftlicher und politischer Mittelpunkt, Ladenzentrum, Raum für Versammlungen und Aussprachen, Treffpunkt, kulturelles Zentrum. Zusammen mit Dom, den Kirchen der Stadt und den zugehörigen, sich verklammernden Räumen bildet es Zentrum und Stadtkrone. Berufene Leute haben geschrieben und schreiben weiterhin über die inzwischen eingetretenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Veränderungen, ihre Kräfte, Strukturen, ihre Gefahren und Einflüsse auf städtisches Leben und die Stadt. Hier sollen nur die Fragen gestellt und untersucht werden, die für das Thema Rathausbau von Belang sind:

- Hat das Rathaus als Sitz der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung noch Anspruch, erstes Haus im Zentrum einer Stadt zu sein?
- Ist die Verflochtenheit, Vielgliedrigkeit des städtisch-wirtschaftlichen Lebens noch so stark, daß das Rathaus denselben Rang und Platz beanspruchen darf wie ehedem?
- Hat der Bürger noch eine Bindung an das Rathaus?
- Sind die Themen, die in den Ratssälen behandelt werden, für den Bürger von Interesse und Bedeutung?

In den vergangenen Jahrzehnten fand ein starker Ausverkauf der noch vorhandenen städtischen Substanz statt:

- durch physische Zerstörung (äußere Einwirkungen, Krieg, Verkehrsplanung),
- durch plan-, ziel- und charakterlosen Aufbau,
- durch abnehmendes Interesse der Bürger an den öffentlichen Fragen.

Das Interesse der Öffentlichkeit, des Bürgers, wird, soweit er überhaupt politisch interessiert ist, von den Ereignissen und Entscheidungen auf anderer Ebene – Land, Bund, Europa, Welt – in Beschlag genommen, da dort die politisch wesentlichen Entscheidungen fallen. Selbst die ihn persönlich und direkt berührenden Probleme werden auf anderer Ebene als der der Gemeinde entschieden, so Altersversorgung, Arbeitsplatzsicherung, Bildungs- und Erziehungsfragen. Die Schaltstellen unseres Zusammenlebens liegen zum großen Teil nicht mehr im Ratssaal des Rathauses, sondern in den einzelnen Landeshauptstädten, oder außerhalb unserer Landesgrenzen. In dem Maße, wie sich die kleinteilige und weitgehend autarke Wirtschaft zur kapitalistisch verflochtenen Weltwirtschaft entwickelte, wurde ein großer Teil der früheren Entscheidungsbefugnisse der Gemeindeparlamente in die Schaltstellen der Industrie und Wirtschaft verlagert. Wie auf allen anderen Gebieten zeigt sich auch hier die eindeutige Entwicklung zur Kollektivität und Anonymität.

Geblieben für die Gemeindeparlamente ist eine Fülle von Aufgaben und Funktionen, die die Gemeinden als »Nachvollzieher« klären und entscheiden müssen, und eine Reihe von legitimen Aufgaben, wie Planungshoheit u. a., die aber auch im Zuge der Entwicklung sich ändern, sich verlagern und in größeren Rahmen gesehen werden müssen. Die anders gelagerten Themen und die wenigen Entscheidungen auf den Rathäusern, die den Bürger persönlich berühren und betreffen, reichen anscheinend nicht aus, ihn stärker an sein Rathaus zu binden.

Im Durchschnitt interessieren sich in Deutschland etwa 40 Prozent der Wähler für allgemeine politische Fragen, nur 20 Prozent interessieren sich für die Gemeindepolitik. Die vergleichbaren Zahlen aus den Vereinigten Staaten liegen noch wesentlich ungünstiger und niedriger.

Erhebt sich in diesem Zusammenhang nicht die Frage, ob unsere Vorstellung vom Thema

Rathaus nicht überholt ist, ob wir hier nicht schönen und liebgewordenen Romantizismen – Marktplatz, Rathausplatz, Stadtzentrum, Stadtkrone – nachhängen. Wäre es nicht besser, Nathaniel Hawthorne zu folgen, der bereits 1851 formulierte:

»Wenn es jeder Generation gestattet wäre oder man von ihr erwarten würde, sich ihre eigenen Häuser zu bauen, so würde schon diese einzige Änderung, so unbedeutend sie auch an sich ist, fast jede Reform mitenthalten, für die die Gesellschaft heute kämpft. Ich zweifle, daß selbst unsere öffentlichen Gebäude – unser Kapitol, Stadthaus, Rathaus und unsere Kirchen – aus so dauerhaftem Material wie Stein oder Ziegel gebaut werden sollten. Es wäre besser, sie würden so ungefähr alle zwanzig Jahre in Ruinen zerfallen, als Mahnung für die Menschen, jene Einrichtungen, die sie zu Symbolen machen, zu überprüfen und zu verbessern.«

Es wurde also schon Mitte des vergangenen Jahrhunderts die Forderung erhoben, den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen auch dadurch Rechnung zu tragen, daß wir unsere Umwelt entsprechend anders gestalten. Gilt dies in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht noch viel mehr, zu einer Zeit, in der unsere Gesellschaft ein so verändertes Aussehen hat und andere Wünsche, Ideale und Bestrebungen Ausdruck suchen? Versuchen wir nicht, neuen Problemen mit alten, überholten Mitteln beizukommen, wie fast überall bei der Gestaltung unserer Umwelt?

Werden unsere Absichten, wenn wir so handeln, überhaupt noch von der Gesellschaft wahrgenommen, wird ein Bedürfnis befriedigt, ist ein Verlangen nach diesen Symbolen vorhanden? Das Unbeteiligtsein, die Apathie, das oft erschreckende Beiseitestehen und Unverständnis gibt zu denken und zu Zweifeln Anlaß.

Wäre es nicht besser, die Zeichen der Zeit realistisch und nüchtern so auszulegen, daß kein Bedürfnis vorliegt, daß wir die oft strapazierte »Selbstdarstellung unserer kommunalen Selbstverwaltung« woanders oder gar nicht zu suchen haben?

Wenn wir die Frage nach Sinn und Wesen des Themas Rathaus weiterverfolgen, so sind folgende Tatsachen miteinzubeziehen:

- »Bürgerschaftliche Demokratie«, mindestens im Sinne der überkommenen Definitionen, entspricht nicht mehr unserer Gesellschaftsstruktur, ist nicht mehr vorhanden und kann als »Rathausträger« nicht in Frage kommen.
- Die Bürger sind weitgehend apolitisch, insbesondere was den engeren Rahmen der Gemeindepolitik betrifft, eingestellt. Wenn die Bürger wieder an das Rathaus herangeführt werden sollen, so müssen Maßnahmen getroffen werden. Analysieren und Klagen allein nützt nichts.

Auf der anderen Seite bringen die zunehmenden Verflechtungen, Agglomerationen und Wechselbeziehungen innerhalb des vorhandenen Stadtgebildes, zwischen den Kommunen und Regionen, wieder neue Aufgaben für die Gemeindeparlamente, auch solche, die weit über den lokalen Bereich hinausgehen. Es werden Entscheidungen zu völlig neuartigen Problemen verlangt – sei es auch unter dem Druck der Umstände –, die bisher nie in Gemeindeparlamenten anstanden. Die ungeheuren Menschen- und Gebäudebalancen benötigen zur Erfassung, zur Untergliederung, Kerne, die den veränderten gesellschaftlichen Strukturen entsprechen. Die Forderung kann vom Städtebaulichen her nicht sein, daß die noch vorhandenen Kerne ebenfalls verschwinden müssen, sondern sie müssen vor weiterer Auflösung und Aushöhlung bewahrt werden, in noch größerem und wichtigerem Zusammenhang gesehen werden, mit neuen Kräften, Potenzen, Attraktivität und Ausstrahlung versehen werden, um ihre lebenswichtigen Funktionen erfüllen zu können. Innerhalb dieser Zentren, die

nicht den überkommenen historischen Stadtzentren zu entsprechen brauchen, steht das Rathaus nach wie vor an erster Stelle. Es bleibt Kristallisierungskern, als neuer und erweiterter Begriff. Es erhält sogar noch vermehrte und verstärkte Bedeutung.

Neu gehört zum Bereich Rathaus und Stadtzentrum eine Reihe von kulturellen und erzieherischen Institutionen hinzu, die wiederum in Wechselbeziehung zu Gemeindeparkament, Verwaltung und umgebender Wirtschaftsstruktur stehen. Sie helfen, daß das Rathaus von den Bürgern angenommen wird, daß die Bürgerschaft ihr Rathaus als persönliches Anliegen empfindet. Die vielen Rathäuser, die in Zukunft zu bauen sind, sollen nicht so sehr als Krönung oder Abschluß des Wiederaufbaus gesehen werden, sondern vielmehr als Anstoß und Initiative zur Weiterentwicklung und Umgestaltung der vorhandenen und neuen Stadtstrukturen. Welche anderen Gebäude könnten diese lebensnotwendigen Funktionen sonst übernehmen? Dom und Kirchen haben nicht mehr jene Stellung innerhalb unserer Gesellschaft und unserer Stadt, abgesehen davon, daß den großen Kirchen in den Zentren der Großstädte die Gemeinde fehlt.

Zwei wesentliche Probleme tauchen in diesem Zusammenhang auf:

- der fehlende Bauherr und, damit zusammenhängend,
- die angebliche Sparsamkeit.

Jene Ratsversammlung – die Bremer Ratsherren mit ihrem Baumeister R. v. Bentheim – ist heute nicht mehr denkbar, die mit ihrem Architekten auf eine Wiese vor die Stadttoore geht, um mit ihm die Größe des gewünschten Ratssaales abzuschreiten und das Programm zu bestimmen. Das Programm eines neuen Rathauses wird heute von verschiedenen Verwaltungen einer Stadt, in erster Linie dem Hauptamt, zusammengestellt. Der offizielle Bauherr, der Gemeinderat, beschließt das Programm. Die weitere Aufklärung und die Verwirklichung ist hauptsächlich mit der Verwaltung vorzunehmen. Rat und Oberbürgermeister werden im Regelfalle nur bei offiziellen Anlässen zugegen sein. Dieser Zustand ist durchaus im Zuge der Zeit und wird noch anonymer und unpersönlicher werden. Werden doch auf fast allen Gebieten die großen Bauaufgaben von Gruppen, Gesellschaften, Gemeinschaften und Organisationen gestellt, von anonymen Bauherren. Auch jenes Oberhaupt einer Stadt wird immer seltener, das in Erkenntnis der überragenden Bedeutung eines Rathausbaus dieses Projekt persönlich betreut, d. h. in sachlicher Auseinandersetzung mit dem Partner, dem Architekten, die Lösung aus dem politischen und gesellschaftlichen Bereich beeinflußt. Persönliche Auftraggeber, Individuen, wird man immer weniger antreffen, das anonyme Kollektiv tritt an seine Stelle.

Beklagenswert ist nur, daß bei diesem Partnerverhältnis – Architekt/Auftraggeber – die wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Fragen nicht angeschnitten, ausdiskutiert werden und Gestalt gewinnen können (es sind dabei nicht Entwurfs-, Grundriß-, Material- und Detailfragen gemeint). Leider kommen dadurch auch die Diskussionen um Rathaus-Neubauten aus der übergeordneten Ebene ausschließlich in Bereiche reiner Zweckmäßigkeit, wie etwa Raumbedarf, ohne daß ernsthaft die Alternative Rathaus – Parkhaus gestellt wird. Zahlen, Dimensionen, die der Tiefbauer viel einfacher und durchschlagender zur Unterstützung seiner Projekte vorbringen kann, sind bessere Argumente als Stärkung des Stadtzentrums (man versteht darunter allenfalls mehr Parkplätze und breitere Straßen), Bürgersinn, Städtegeist. Klare Vorstellungen über unsere politischen und wirtschaftlichen Strukturen und deren notwendige Umsetzung in städtebauliche Konzeptionen fehlen häufig, oder, wo sie vorhanden sind, fehlen ebenso häufig

energischer Wille und Überzeugungskraft, diese Konzeptionen Wirklichkeit werden zu lassen. Zu erwarten, daß die Bürgerschaft als Selbstdarstellung ihrer bürgerschaftlichen Demokratie jemals in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Rathaus spontan fordern würde und könnte, ist Illusion. Der Auftraggeber, der Partner des Architekten, müßte diese Vorstellungen vertreten und durchsetzen. Der Analyse und Einsicht muß die Tat und Ausführung folgen. Doch dieser moderne Auftraggeber entwickelt sich erst langsam.

Der Anstoß, daß Rathäuser anders sein müssen, kam nicht, wie auch bei vielen anderen Bauaufgaben, von den Auftraggebern, den Politikern, den Benutzern, sondern von den Architekten. Der Architekt hat u. a. Teile der nicht mehr wahrgenommenen Bauherrnfunktionen zu vertreten. Der Bauherr fühlt sich häufig mehr als anonymer denn als geistiger Partner.

In diesem Zusammenhang sollte man auch die Schwierigkeiten bei manchen Rathausneubauten sehen. Betrachtet man die Argumentation um manchen Rathausneubau kritisch, so können A. Arndts Äußerungen nur als sehr ernste Warnzeichen verstanden werden:

»Immer ist es ein Alarmzeichen für die Demokratie, sobald aus einer Gesellschaft, die Vergeudung keineswegs scheut, der Fanatismus einer angeblichen Sparsamkeit laut wird, daß die Gesellschaft es ja gar nicht wert sei, sich selber in Bauten Organe zu geben, die dem Gemeinsamen gewidmet sind. Wir nennen uns zwar alle heute der Mode nach Demokraten, aber die peinliche Pfennigfuchserei beginnt, sobald es sich um das bauliche Herz der Demokratie handelt, um die Parlamentsgebäude... Eine Demokratie ist nur so viel wert, wie sich ihre Menschen wert sind, was ihnen ihr öffentliches Bauen wert ist.«

Tatsache ist, daß – über mehrere Jahrzehnte gerechnet – nie eine Zeit in unserer Stadtgeschichte einen so geringen Prozentsatz der öffentlichen Finanzen für kommunale und bürgerschaftliche Repräsentation und Würde ausgegeben hat, wie es heute der Fall ist.

Wie soll Bürgersinn, Städtegeist, bürgerschaftliche Selbstverwaltung Wirklichkeit werden können, ohne daß diesen auch heute erneut gültigen Werten baulicher Ausdruck verliehen wird?

»Glaubt man, daß es wichtig ist, daß der Bürger sich zur Stadt, als einer tragenden Stelle demokratischer Aktivität, auch heute bekannt, glaubt man, daß die Gemeinde auch heute noch mehr ist als ein unpolitischer Kundendienst oder als ein unanschauliches Abstraktum, dann darf sie im Stadtbild nicht unsichtbar bleiben, dann bedarf sie einer symbolhaften Selbstdarstellung, erkennbar für den Bürger als die Stätte, in der durch ihn und für ihn Entscheidungen getroffen werden.« (OB Dr. Reschke, Mannheim.)

Geben und Nehmen sind auch hier nicht zu trennen nach dem Gesetz der Wechselwirkung. Der Anstoß, der Beginn muß von Seiten der von den Bürgern gewählten Vertreter kommen, er muß durch ein starkes, offenes Gebäude im Schwerpunkt des Stadtzentrums ausgehen, das – bei einer optimalen Lösung – allen Gesichtspunkten Rechnung trägt:

- Stärkung der Zentren durch Ausstrahlung, Attraktivität, Verflechtung von Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Kultur.
- Heranführen des Bürgers an und in das Gebäude.
- Sinnfälligmachen des Sich-selbst-Verwaltens.

Betrachten wir anschließend an die allgemeinen Probleme einige spezielle Detailfragen. Die Wahl des Standortes ist durch die eingangs gemachten Ausführungen angedeutet und umrissen.

Programm und Größe bringen einige wesentliche sachliche Unterschiede zu den »klas-

sischen« Rathäusern unserer städtischen Vergangenheit: Das Programm dieser Rathäuser bestand aus wenigen Räumen. Wesentlicher Programmpunkt – oft sogar einziger – war der Ratssaal oder die Ratsstube. Sie prägten die bauliche Gestaltung. Die geringe Anzahl der Räume für die Verwaltung hatten im Verhältnis zu den Beratungsräumen kein Gewicht. Oftmals wurde das Erdgeschoß für Marktzwecke bei schlechter Witterung freigehalten, die Räume im Obergeschoß konnten über Freitreppe erreicht werden. In allen Teilen kam zum Ausdruck, daß hier die Bürger ihr Haus, ihr »Rathaus« errichteten, in dessen Innerem sie über ihr Wohl und Wehe zu Rate saßen und entschieden. Es war stolzer Ausdruck ihrer bürgerschaftlichen Selbstverwaltung. Die Rathäuser in Bremen, Lübeck, Heilbronn, Markgröningen, Michelstadt sollen hier stellvertretend für viele genannt sein.

Heute hat sich im Raumprogramm für ein Rathaus das Verhältnis zwischen den Räumen für die Ratsarbeit und denen für die Verwaltung umgekehrt. Die Verwaltung ist ungeheuer gewachsen, die Größe der Ratsäle hat sich kaum geändert. Von den Zahlen her betrachtet, ist die Fläche für die eigentliche Ratsarbeit verschwindend gering, gegenüber der notwendigen Nutzfläche für die Verwaltung, das Verhältnis ist oft 5:95. Die Gefahr ist groß, daß die Masse der Verwaltungsräume im inneren und äußeren Erscheinungsbild den Charakter des Gebäudes bestimmt, d. h. das Rathaus zu einem nor-

malen Verwaltungsgebäude stempelt. Es ist deshalb Hauptschwierigkeit und Hauptaufgabe, trotz des zahlreichen Übergewichtes der Verwaltung das Thema »Rat«-Haus mit den Raumgruppen, die nur einem Rathaus eigen sind, klar und deutlich herauszuarbeiten.

Vergleiche zwischen verschiedenen Rathausprogrammen, Entwürfen und Wettbewerbsergebnissen zeigen, daß bei Städten bis zu einer Größenordnung von ca. 100 000 Einwohnern das Verhältnis repräsentativer Räume zu Verwaltungsräumen es durchaus noch erlaubt, eine sinnvolle Verkammerung der beiden Programmteile zu einem einheitlichen Ganzen zu erreichen, ohne zu der bei Verwaltungsgebäuden anderer Art probaten und primitiven Trennung in repräsentativen Bauteil und Verwaltungs- bzw. Bürohaus zu greifen, die evtl. durch Dekorationen an der Oberfläche zum Rathaus gemacht werden sollen.

Bei Großstädten über 100 000 Einwohnern zeigt sich, daß der Programmteil Verwaltung schon Größenordnungen annimmt, die eine sinnvolle Gesamtlösung erschweren oder gar gefährden, wie es Beispiele zeigen. Auch die Verwaltungen von Städten sind durchaus dem sogenannten »Tertiären Sektor« zuzuordnen. Die enorme Zunahme des »Tertiären Sektors« ist innerhalb der vorhandenen Stadtstrukturen aufgefangen worden und hat zum Teil kaum vorhergesehene Größenordnungen angenommen. Die gewaltigen Nachteile und Schäden, die dadurch auf die Funktionsfähigkeit des Stadtzentrums aus-

geübt werden, beginnen sich erst heute abzuzeichnen. In diesem Zusammenhang interessiert nur, daß diese Großverwaltungen – die Verwaltungen großer Städte mit eingeschlossen – meistens kommunikationsfeindlich sind, die Verflechtungen mit den »zentrumsintensiven« Bereichen gering sind, große wertvolle innerstädtische Areale in Besitz nehmen und erhebliche andere Nachteile (z. B. Verkehr) mit sich bringen. Großveranstaltungen dieser Art sind durchaus in ihren negativen Auswirkungen auf das städtische Leben Industriebetrieben gleichzuordnen.

Es ist aus diesen und anderen Gründen sinnvoll, bei Großstädten nur den repräsentativen und für das Zentrum wichtigen Teil des Programms in der Innenstadt zu verwirklichen und den Großteil der Verwaltung in anderen Bereichen besser und wirtschaftlicher unterzubringen. Der repräsentative Teil könnte außer den Räumen für die eigentliche Ratsarbeit die Räume des Oberbürgermeisters, für Empfang, Repräsentation, Hauptamt, Standesamt, die Räume mit starkem Publikumsverkehr (z. B. Stadtkaasse, Einwohnermeldeamt) und die jeweilige Verwaltungsspitze (sog. Stabsabteilungen) umfassen. Es wäre viel zweckmäßiger, auch im Hinblick auf die Heranführung des Bürgers und die Verflechtung mit anderen Einrichtungen und Betrieben des Zentrums Programmpunkte wie Archiv, Stadtbücherei, Ausstellungsräume, Verkehrsamt, Konzertdirektion, öffentlicher Vortragssaal, Läden u. a. aufzunehmen.

Roland Ostertag, Leonberg
Mitarbeiter bei der Planung: Hans Peter Klein

Rathausneubau Mannheim, Ausführungsprojekt 1961–1964

Reconstruction du centre de Ludwigshafen-sur-le-Rhin
New town hall, Mannheim

Die Stadt Mannheim hat die seltene Chance, in ihrem Kern durch ein Rathaus ihr Ensemble von zentralen Einrichtungen zu vervollständigen und dabei ein Gebäude mit einer unverwechselbaren Gestalt für sich hinzuzugewinnen. Für das Gebäude, das die sozialen und kulturellen Spitzenbehörden der Stadt und ihre Repräsentationsräume enthalten soll, kann kein besserer Standort gedacht werden als der, der hier am Paradeplatz zur Verfügung steht. Hier schneiden sich die beiden Hauptachsen Mannheims, die Kurpfalzstraße, die von der Neckarbrücke zum Schloß (Wirtschaftshochschule, Finanzamt) führt, und die Planken, die den Handelshafen mit dem Friedrichsplatz verbinden, die wiederum durch die große Ringstraße mit einem Durchmesser von etwa 1,5 km zusammengeschlossen sind. An der Außenseite dieses Ringes liegt im Südosten der Hauptbahnhof, im Osten um den Friedrichsplatz die Kunsthalle, der Rosengarten und der Wasserturm und im Nordosten am Goetheplatz das Nationaltheater.

Alle wichtigen Gemeinde- und Landesämter sowie das Technische Rathaus liegen verstreut innerhalb des Ringes.

Das neue Rathaus soll im Quadrat N 1 südlich des Paradeplatzes an der Stelle des 1943 zerstörten »Kaufhauses« errichtet werden, das seit der Mitte des 18. Jahrhunderts Sitz der kurpfälzischen Regierung war, zu Anfang des 19. Jahrhunderts Badisches Hofgericht wurde und 1910 für die städtische Hauptverwaltung umgebaut worden ist. Das

hier vorliegende Ausführungsprojekt stellt die Ausarbeitung des ersten Preises des von der Stadt Mannheim 1961 ausgeschriebenen Wettbewerbs dar. Die ersten und zweiten Preise hatten damals allgemeines Aufsehen erregt und dürften als richtungweisend im Rathausbau angesehen werden.

Der Entwurf zeigt ein großes Maß an Realismus, indem zunächst einmal die vorgegebene Rasterstruktur der Innenstadt Mannheims durch die Planung des Rathauses nicht verändert wird. Das Thema der Blockbebauung, der Bebauung des gegebenen Quadrates N 1, ist im Prinzip beibehalten, jedoch sehr stark modifiziert. Ebenso sind die alten Straßenführungen nicht unterbrochen. Im Gegensatz zu den umliegenden, durchweg fünf- bis sechsgeschossigen Baublocks mit geraden Straßenfronten bildet das Rathaus einen dreigeschossigen, nach zwei Richtungen terrassierten und abgestaffelten Flachbau, als ungleichschenkliges U zum Paradeplatz offen, mit einem asymmetrisch darübergreifenden, schmalen, Z-förmigen Hochhaus. Die Ränder des Quadrats N 1 werden im Westen, Süden und Osten durch die Abstufung der Baukörper, durch Nischenbildungen, vorspringende Treppenelemente, Mauern usw. zu kleinen differenzierten Teilplätzen, die scharf abgetrennt sind von dem großen, an der Nordseite zum Paradeplatz sich entwickelnden Hauptfreiraum. Das Rathaus verklammert sich mit dem Paradeplatz über die Kunststraße hinweg durch die weit vorgeschoßene Brücke der Cafeterrasse, die in einer plastisch durchgebildeten Treppe endigt.

Entlang der Kurpfalzstraße, der Hauptgeschäftsstraße, sind im Erdgeschoß des Flachbaus Läden angeordnet und darüber ein Café mit Cafeterrasse, während im ruhigen Bereich – zur Marien- und Klosterstraße hin – Sitzungssäle, Fraktionszimmer, im Erdgeschoß Stadtarchiv mit Ausstellungsraum, Hausmeisterwohnung und zum Paradeplatz vorgeschoß der Ratssaal liegen. Die Räume des Oberbürgermeisters und des Hauptamtes bilden das oberste zurückgestaffelte Geschoß des Flachbaus. Das 5. bis 13. Obergeschoß enthält die Verwaltungsabteilungen, das 14. Obergeschoß eine Kantine, das 15. noch drei Sitzungsräume an

einer Dachterrasse. Im 2. und über dem 15. Obergeschoß liegen die technischen Räume für Klimaanlagen bzw. Aufzugsmaschinen und Kühlaggregate.

Das Thema der gestaffelten Galerien, das den Flachbau außen bestimmt, ist im Inneren weitergeführt, so daß zwischen Ratssaal, den Sitzungssälen, dem Café, dem Empfangsraum im Erdgeschoß, dem Stadtarchiv und dem Installationskern des Hochhauses eine horizontal wie vertikal reichgegliederte, zweigeschossige Eingangshalle entsteht mit einer Hauptwegeführung zum Ratssaal und sinnvoller Aneinanderreihung von schmalen und breiten Vorplätzen zu den verschiedenen Bereichen.

Bei äußerster Knappheit der Einzelformen wird die Gestalt des Rathauses bestimmt vom räumlich-plastisch reichdifferenzierten Aufbau des Flachkörpers im Kontrast zu dem wenig gegliederten Hochhaus. Kräftige umlaufende Decken-Brüstungs-Streifen betonen die Plastizität der Konturen ohne »Übergestaltung« der Ecken oder des Reliefs der Fassaden. Dadurch entsteht andererseits eine Verschleifung der Bereiche, die auf eine Ablesbarkeit der konstituierenden Funktionsgruppen nicht aus ist. Lediglich der Ratssaal erhält eine differenzierende Durchbildung mit geschlossenen und durchbrochenen Teilen eines zweigeschossigen Wandaufbaus. Nach Beschuß des Stadtrates sollen vorerst nur die beiden Untergeschosse mit Atombunker und Tiefgarage erstellt werden.

Seite/Page 187

1 und 2
Modellansichten.
Vue de maquette.
Model view.